



**Gesellschaft zur Rechtlichen und
Humanitären Unterstützung e.V.
Der Vorstand**

Information

**Standpunkt zur Wiedervereinigung der
Russischen Föderation mit ihrer Krim**

Für Mitglieder und Sympathisanten

Berlin, Oktober 2019

Die Russische Krim.

Die Halbinsel Krim umfasst rd. 27.000 Quadratkilometer, zum Vergleich das Land Brandenburg 29.654 Quadratkilometer. Dort leben rd. 2,35 Millionen Menschen, davon 65,6 % Russen, 26,7 % Ukrainer, 12% Krimtataren und Angehörige von 13 weiteren Völkern. Bei einer im Jahre 2001 durchgeführten Volkszählung wurde festgestellt, dass 10,1 % der Bevölkerung ukrainisch, 11,4 % der Bevölkerung krimtatarisch und 77 % der Bevölkerung russisch sprechen. Die russische Kultur und Kunst sind seit Jahrhunderten dort dominierend. Dazu gehört auch das Schaffen des Vaters der russischen Literatur, Alexander S. Puschkin, 1799 – 1837, vor allem mit seinem Poem „Die Fontäne von Bachtschisserai“.

Zur russisch-orthodoxen Kirche mit dem Patriarchen von Moskau, Kyrill I. bekennt sich die weitaus überwiegende Mehrheit der gläubigen Einwohner der Krim.

Die von Katharina II. seit 1762 Kaiserin von Russland geführten Russisch – Türkischen Kriege 1768 - 1774 und 1787 - 1791 verliefen für das russische Zarenreich erfolgreich. Nach dem 1. Krieg erließ Katharina II. 1783 einen Erlass, mit dem die Unterstellung der Krim unter russische Herrschaft begründet wurde.

In den nachfolgenden Jahrhunderten minimierte sich die ursprünglich vorhandene osmanische Prägung der Krim zugunsten der russisch gelebten Volkstümlichkeit. Russlands Macht auf der Krim war unbegrenzt, überstand alle Restaurationsversuche ausländischer Mächte, beginnend mit dem Krieg der Engländer und Franzosen 1853 - 1856 und endend mit Hitlers und Antonescus Annexion der Krim von 1941 - 1944. Hitler plante mit der Annexion der Krim die Vertreibung der Krimbevölkerung und zur Germanisierung der Halbinsel eine Ansiedlung durch Südtiroler.

Die Zugehörigkeit der Krim zur RSFSR endete nach einem Erlass des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR am 19. Febr. 1954. Diesen Erlass inszenierte Nikita Sergejewitsch Chruschtschow als Generalsekretär des ZK der KPdSU.

Ende der sechziger Jahre studierte ich in Moskau. Dort hatte ich die Gelegenheit, zusätzlich zum Lehrprogramm Vorträge von führenden Politikern, Wissenschaftlern und hochgeschätzten Persönlichkeiten des Alltags der UdSSR zu hören. Von diesen besonderen Lektionen ist hier ein Vortrag von Anastas Iwanowitsch Mikojan, zu erwähnen. Er stellte uns die Frage, darf man die Krim verschenken? Ein in meiner Nähe sitzender russischer Journalist aus Wologda flüsterte, aber noch in seinem Umkreis hörbar, „posor“ (Schande). Niemand von uns antwortete auf Mikojans Frage. Jeder wusste, die Krim war der Ukrainischen Sowjetrepublik 1954 geschenkt worden. Also war zu ahnen, dass ein Widerspruch zu dieser Schenkung kommen wird. Und der kam. Mikojan berichtete, dass Stalin nach der Befreiung der Krim noch im Jahr 1944 von Nikita S. Chruschtschow, zu dieser Zeit Generalsekretär der Ukrainischen Kommunistischen Partei, den Einsatz von 100.000

Ukrainern für den Wiederaufbau der schwer zerstörten Krim abverlangte. Nikita S. Chruschtschow befolgte diese Forderung widerspruchslos, obwohl die Ukrainische Sowjetrepublik ebenfalls schwer zerstört und von den Faschisten ausgeplündert worden war. Knapp ein Jahr nach Stalins Tod inszenierte Chruschtschow, seit 1953 Generalsekretär des ZK der KPdSU, den erwähnten Erlass des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR.

Mikojan sagte, „die 14 Sowjetrepubliken der UdSSR sind eine brüderlich verbundene Gemeinschaft, die alle Kriegsfolgen gemeinsam überwindet und nur das Wohl aller unserer Völker erstrebt. Keine Unionsrepublik wird zum Nachteil Anderer Vorteile erlangen. Und es kam der Satz „Sowjetland ist keine Handelsware, die man verschenken kann.“

Die Schenkung ist nicht nur in politischer Hinsicht zweifelhaft, auch die juristische Beurteilung erscheint hemdsärmelig. Die Verfassung der UdSSR vom 05. Dezember 1936 kodifizierte in Artikel 14 Buchst. e, dass die obersten Machtorgane der UdSSR für die Bestätigung der Änderung von Grenzen der Unionsrepubliken zuständig sind. Oberstes Machtorgan der UdSSR war der Oberste Sowjet mit seinen zwei Kammern, dem Nationalitätensowjet und dem Unionssowjet sowie das Präsidium der Obersten Sowjets. Die Verschenkung der Krim, ein Nationalitätenproblem von unermesslicher Bedeutung, ging aber an den Abgeordneten völlig vorbei. Warum? Wir wissen es nicht. Aber unter dem Strich verbleibt die Tatsache, dass die Abgeordneten des Obersten Sowjets nur durch die Iswestja oder die Prawda Kenntnis von der Verschenkung der Krim erhielten.

Zum politischen Anlass des Präsidiumsbeschlusses sollte der vor 300 Jahren erklärte Treueeid der Saporoger Kosakenrada (Versammlung) in Perejaslaw auf den Zaren Alexej I. 1645 – 1676 aufgewertet werden. Mit diesem Treueeid wurde die ewige Heiligkeit des Bündnisses des russischen und ukrainischen Volkes erklärt. Außerdem gab die sowjetische Post eine Sonderbriefmarke „300 Jahre der Wiedervereinigung Ukraine-Russland“ „1 Rubel“ heraus.

Die Brücke von Kertsch.

Mit Plänen zum Bau einer Brücke über die Meerenge von Kertsch beschäftigten sich schon antike Völker. Zu späteren Projekten gehörte u.a. eine konkrete Planung der Briten vor dem 1. Weltkrieg, dort eine Eisenbahnbrücke zur Herstellung einer Verbindung nach Indien zu bauen. Zar Nikolaus II. 1888 – 1918 visionierte zur gleichen Zeit über eine Brückenverbindung von Kertsch zur Halbinsel Taman.

Noch während des zweiten Weltkrieges befahl Stalin am 25. Januar 1944, eine Eisenbahnbrücke von der Halbinsel Taman nach Kertsch zu bauen. Innerhalb von 7 Monaten errichteten sowjetische Bautrupps diese Brücke. Sie wurde im Februar 1945 durch schwere Eisbewegungen des Asowschen Meeres zerstört. Es gibt weitere Projekte, von denen hier die zwischen dem Präsidenten der Russischen Föderation, Dmitri A. Medwedew und dem ukrainischen Präsidenten,

Wiktor Janukowitsch 2013 (!) vereinbarten Verträge über den Bau einer Brücke anzuführen sind. Nach der erputschten Macht durch Poroschenko war dieser Plan nicht mehr realisierbar.

Die am 16. Mai 2018 durch den Präsidenten der Russischen Föderation Wladimir W. Putin eröffnete Überfahrt über die Brücke von Kertsch verbindet zwei Landesteile der Russischen Föderation, im Westen die Halbinsel Krim und im Osten die Halbinsel Taman, die zur Region Krasnodar und wie die Krim zur Russischen Föderation gehört. Planungsbeginn war 2014, Baubeginn 2016.

Die Brücke ist 19 km lang, als vierspurige Autobahn angelegt. Sie hat eine Spannweite von 227 m und eine Durchfahrtshöhe von 35 m. Den Bauarbeitern, Ingenieuren, Wissenschaftlern und den Inspiratoren des Brückenbaus gebührt für die erbrachte großartige Leistung höchste Anerkennung. „Molodzy“ Prachtkerle, bleibt wachsam!

Die EU incl. die BRD spien Gift und Galle gegen den Brückenbau, der USA Präsident ließ die am Bau beteiligten Unternehmen in eine Sanktionsliste eintragen und militante Kreise aus der Umgebung der NATO sowie in Kiew forderten zur Sprengung dieser Brücke auf. Zum Gesang von Gift und Galle gehören die zur Verdummung gedachten Plattheiten einiger Medien, z.B. dass auf beiden Seiten des Festlandes keine Autobahnen weiterführend seien. Sie sind tatsächlich noch nicht vorhanden. Rom wurde auch nicht an einem Tag erbaut. In diesem Jahr wird aber eine neben der Brücke von Kertsch verlaufende zweispurige Eisenbahnbrücke dem Eisenbahnbetrieb übergeben.

Den Anlass zum Bau der Brücke gaben die ruslandfeindlichen ukrainischen Kräfte in Kiew mit dem jetzt politisch abgewirtschaftet habenden ehemaligen Präsidenten Petro Poroschenko, die NATO, der US-Präsident und schließlich auch die EU.

Das Passageregime und die Außenpolitik der BRD.

Die überbrückte Wasserstraße zwischen dem Asowschen Meer und dem Schwarzen Meer ist Grenzgebiet der Russischen Föderation. In diesem Bereich beträgt die Wassertiefe 8 Meter. Das Asowsche Meer hat eine Wassertiefe von 14 Metern und das Schwarze Meer eine mittlere Wassertiefe von 1.253 Metern. Das verursacht komplizierte Strömungsverhältnisse im Brückenbereich. Schon während der Brückenmontage kontrollierten russische Marineeinheiten den reibungslos verlaufenden Schiffsverkehr. Das respektierten auch alle unter ukrainischer Flagge fahrenden Schiffseinheiten. Ein halbes Jahr nach der offiziellen Eröffnung der Brücke von Kertsch versuchten drei ukrainische Marineeinheiten am 25. November 2018 sich der Kontrolle zu entziehen und rasten in den sensiblen Brückenbereich. Dort wurden sie von russischen Marineeinheiten nur durch eine Rammfahrt gestoppt. Und diese Rammfahrt war maßvoll. Die Besatzungen der ukrainischen Marineeinheiten wurden festgenommen und die Schiffe beschlagnahmt. Der ukrainische Präsident Petro Poroschenko verhängte das Kriegsrecht, zog sich eine Generalsuniform an und inspizierte demonstrativ Truppenteile der ukrainischen Armee. Er

forderte ein sofortiges Eingreifen der NATO und Unterstützung durch moderne Waffensysteme.

Der Bundesaußenminister Heiko Maas ging offensichtlich davon aus, dem Außenminister der Russischen Föderation, Sergei Wiktorowitsch Lawrow, zu Entscheidungen zur Haftentlassung der Beteiligten an diesem Sturmlauf Veranlassung geben zu müssen. So auch am 18. Mai 2019 auf dem Petersberg bei Bonn im Rahmen eines Treffens des „Forums St. Petersburger Dialog.“ Heiko Maas formulierte sein Anliegen im Sinne einer Freiheitsgewährung für 24 ukrainische Seeleute. Alle Medien der BRD verschwiegen die Position des russischen Außenministers. Auch Heiko Maas verschwieg es unserer Öffentlichkeit. Er tat so, als hätte Lawrow nur „njet“ gesagt und malte ihn damit uns als Buhmann, den bösen Russen. Vom Petersberg kamen aber auch andere Signale. Ob es sich um 24 Seeleute handelte wird zu klären sein. Unter den 24 Festgenommenen befanden sich 4 Mitarbeiter des ukrainischen Geheimdienstes, keine Seeleute. Auf den Kommandobrücken stand zwar nur die zweite Reihe der Provokateure, die die friedliche Passage im Bereich der Brücke von Kertsch stören sollten. Die erste Reihe saß in Kiew, Deshalb erhielt Heiko Maas die Empfehlung von Lawrow, sich in Kiew um eine Erklärung zu bemühen, die zukünftig eine friedliche Passage der Brücke von Kertsch gewährleistet. Das klingt doch anders als njet.

Am 07. September 2019 wurden im Rahmen eines Gefangenenaustausches diese und weitere 46 ukrainische und russische Gefangene freigelassen. Es ist eine russisch-ukrainische Angelegenheit und da sind deutsche Sichten offensichtlich nicht gefragt. Gelegenheit zur Einflussnahme auf einen Provokateur der ersten Reihe hatte übrigens auch die deutsche Bundeskanzlerin am 12. April 2019, als sie sich mit dem zu dieser Zeit Nochpräsidenten Poroschenko in Berlin traf. Aber auch sie hat wie Heiko Maas völlig versagt und verblieb auf dem Niveau: „die Gefangennahme der 24 Matrosen sei ein bedrückendes Ereignis.“

Petro Poroschenko.

Präsident der Ukraine vom 07.06.2014 bis 20.05.2019, Multimilliardär, exponierter Vertreter der Preisgabe historisch gewachsener freundschaftlicher Beziehungen zwischen der Ukraine und Russland, zwischen Russen und Ukrainern und der völligen Integration der Ukraine in alle westlichen Allianzen. Jetzt hat er, so einige Tagesmeldungen, seiner Familie nachfolgend, die Ukraine in Richtung Türkei verlassen. In der Ukraine könnte ihm eine Strafverfolgung wegen Korruption, Geldwäsche, Amtsmissbrauch und Hochverrat erreichen. Von diesen Tatbeständen lässt der Vorwurf Hochverrat aufhorchen, die übrigen boten schon während seiner Amtszeit unendlichen Gesprächsstoff. Zum Hochverrat können wir ergänzen: Poroschenko förderte Verhandlungen mit der US-Navy, westlich der Krim in Ochakiv (Ochakow) ohne Zustimmung des Parlaments einen Flottenstützpunkt aufzubauen, Baubeginn war der 07.08.2017. Es

verbleibt festzustellen, ob Poroschenko außerdem Vereinbarungen getroffen hat, nördlich dieser Stadt eine Air-Base für die US-Air-Force aufzubauen. In Satellitenaufnahmen ist eine 3 km lange Start- und Landebahn zu erkennen. Damit wurde Völkerrecht gebrochen.

Das dem Präsidenten der UdSSR, Michael S. Gorbatschow, bei Verhandlungen über die Herstellung der deutschen Einheit gegebene Versprechen, es wird keinen Drang der NATO-Erweiterung nach Osten geben, ist Völkerrecht. Der vielfache Bruch dieser Vereinbarung wird zwar schamlos eingestanden, aber, da nicht schriftlich fixiert, nicht als Völkerrecht anerkannt. Es wird geleugnet oder bewusst getäuscht, dass die Gestaltung von Beziehungen zwischen den Völkern vielfach auf verbindlichen mündlichen Vereinbarungen beruht.

Ebenso ist der Tatbestand des Amtsmissbrauchs Poroschenkos für die Nichtaufklärung des Genozids vom 02. Mai 2014 in Odessa juristisch aufzuarbeiten. An diesem Tage haben ukrainische Ultrationalisten auf eine von russischen Gegnern der Eingliederung der Ukraine in westliche Bündnisse durchgeführte Kundgebung, die vor dem Gewerkschaftshaus am Kulikow-Platz in Odessa stattfand, Brandsätze geworfen. Die misshandelten Teilnehmer der Veranstaltung flüchteten in das Gewerkschaftshaus. Danach warfen die ukrainischen Ultras viele Brandsätze in das Gewerkschaftshaus, das ausbrannte. Es starben durch Verbrennungen, Erstickungen und versuchte Rettungssprünge aus den Fenstern 56 Menschen, über 200 wurden verletzt. Das Poroschenko-Regime verhinderte die Aufklärung des Verbrechens und die Bestrafung der Schuldigen. Der Angriff auf das Gewerkschaftshaus wird mit der offiziellen Erklärung gerechtfertigt, es sei eine notgedrungene Reinigungsaktion gegen russische Separatisten gewesen.

Das Poroschenko-Regime verbot Jahr für Jahr Trauerveranstaltungen für die Opfer des Genozid und führte Jahr für Jahr Polizeiaufmärsche durch, um zu zeigen, dass keine regierungsfeindlichen Kundgebungen in Odessa zulässig sind. In diesem Jahr, am 30. April, marschierten 700 Polizisten und Sondereinsatzkräfte, für den Straßen- und Häuserkampf hoch gerüstet, mit 50 gepanzerten Spezialfahrzeugen auf und postierten sich vor dem Gewerkschaftshaus.

Alle Ermittlungen der Staatsanwaltschaft verliefen ohne Feststellungen schuldiger Täter. Fünf Jahre nach diesem Genozid sind alle Täter noch auf freiem Fuß. Der Polizeipräsident von Odessa ist geflüchtet, weil er aus Furcht vor den Ultrationalisten für sich Lebensgefahr vermutet.

Im November 2015 äußerte der Europarat sich sehr kritisch über die bisherigen Untersuchungen. In seinem Bericht heißt es. "Die ukrainischen Behörden unterlassen die Verfolgung von Mördern." Federica Mogherini, seit 01.11.2014 Hohe Vertreterin der EU-Außen und Sicherheitspolitik rügte ebenfalls die Tätigkeit der ukrainischen Polizei und der Justiz. Diese Proteste sind verklungen, geändert hat sich nichts.

Die Korrektur des Präsidiumsbeschlusses vom 19. Febr. 1954.

Die Krim ist ein Juwel. Umso erstaunlicher ist es, wie sang-und klanglos ihr Besitzerwechsel 1954 über die Weltbühne ging. Auch die sich wegen ihrer hohen Rechtskultur und Gesetzestreue selbst oft lobende und dazu Maßstäbe setzende BRD will den undemokratischen Entscheidungsprozess damals übersehen bzw. nicht erkannt haben. Anders verhält es sich mit der bundesdeutschen Rechtskultur nach der Auflösung der UdSSR, nachdem die Ukraine zunehmend russlandfeindliche Positionen bezog, insbesondere das Bemühen, in alle westlichen Bündnisse einbezogen zu werden und Forderungen nach modernen Waffensystemen zur Stationierung an den Grenzen zur Russischen Föderation stellte. Der Regierung der BRD hätte unter diesen Umständen bewusst werden müssen, dass der Präsidiumsbeschluss von 1954 nicht nur anfechtbar ist, sondern auch keinen Bestand haben kann. Zumal die Frage entstand, wem gehört die Krim? An diesem Punkt hatte die Regierung der BRD zu entscheiden über eine Fortsetzung der Unterstützung der ukrainischen russlandfeindlichen Politik incl. Akzeptanz des Präsidiumsbeschlusses von 1954 oder Entwicklung normaler Beziehungen zur Russischen Föderation incl. Missbilligung des genannten Präsidiumsbeschlusses. Die Regierung der BRD hat ihre gegen die Russische Föderation gerichtete Konfrontationspolitik fortgesetzt. Vergleichbare Entscheidungen hatte die Russische Föderation zu treffen, Duldung der russlandfeindlichen Konfrontationspolitik der Ukraine und ihrer Unterstützer d.h. Selbstaufgabe oder Erhalt und Festigung der Souveränität der Russischen Föderation. Diese Frage wurde gelöst von Russen der Ukraine, Russen der Russischen Föderation und russischen Bürgern der Krim, die in einer russischen Krim leben wollten. Die Frage wurde nicht gelöst durch Bombardement von Geschwadern (Rotterdam, Warschau, Belgrad) der russischen Luftflotte, einem nachfolgenden Einmarsch von Panzerverbänden der russischen Armee, sowie Truppeneinmarsch und anschließender Deportation von Arbeitskräften. Es gab keinen Aufstand und keinen Bürgerkrieg. Die Machtfrage wurde friedlich, ohne auf Widerstand stoßend, entschieden. Es gibt Informationen, die sich von den hier beschriebenen nur dadurch unterscheiden, dass Russen Uniformen ohne nationale Erkennungszeichen trugen. Diese Kräfte hissten am 27. Februar 2014 auf dem Kuppeldach des Kiewer Parlaments in Simferopol die russische Fahne weiß blau rot und forderten von den Parlamentariern die Durchführung eines Referendums über zwei Fragen:

1. Wiedervereinigung der Krim mit Russland mit den Rechten eines Subjekts der Russischen Föderation;
 2. Wiederherstellung der Gültigkeit der Verfassung der Republik Krim von 1992 und für einen Status quo der Krim als Teil der Ukraine;
- Über mehrere Termine zur Durchführung des Referendums wurde verhandelt, dazu 25. Mai, dann 30. März und schließlich. 16. März 2014.

Die Bevölkerung der Krim hat entschieden:

83,1 % der wahlberechtigten Bürger nahmen an der Wahl teil und haben abgestimmt. Nur die Krimtataren boykottierten das Referendum. 96,4 % der wahlberechtigten Bürger stimmten für den Anschluss der Krim an die Russische Föderation. 3,6 % der wahlberechtigten Bürger stimmten für einen Verbleib der Krim in der Ukrainischen Republik.

Am 18. März 2014 unterzeichneten der Präsident der Russischen Föderation, Wladimir W. Putin, und Repräsentanten der Halbinsel Krim den Vertrag über die Wiedervereinigung der Krim mit der Russischen Föderation. Eine der ersten Entscheidungen der Krimregierung war die erstmalige Einführung der krimtatarischen Sprache als dritte Amtssprache auf der Halbinsel Krim.

Die Wiedervereinigung der Krim mit Russland festigt Russlands Verteidigungsfähigkeit.

Bei der Ausarbeitung des vorliegenden Standpunktes veränderten sich am 01.Sept. 2019 in meiner Sicht die Gewichte, die ich bis dahin all den von mir gesehenen berechtigten Gründen zur Wiedervereinigung der Krim mit der Russischen Föderation erkannte. Ich ging zunächst davon aus, dass die beschenkte Ukraine sich andauernder, massiver Feindseligkeiten gegenüber der Russischen Föderation schuldig gemacht hat, z.B. die permanenten Forderungen nach gegen Russland gerichtete militärische Unterstützung einschließlich von Massakern an in der Ukraine lebenden Russinnen und Russen. Das römische Recht, der Code Napoleon, das deutsche Recht u.a. räumen dem Schenker ein Widerrufsrecht gegen den Beschenkten ein, wenn sich dieser schweren Undanks schuldig gemacht hat.

Außerdem rechtfertigt die bestehende Obhutspflicht der Russischen Föderation für ihre in der Ukraine und auf der Krim lebenden Bürger die Anwendung von wirksamen Schutzmaßnahmen.

In den historisch-ethnisch entstandenen Beziehungen der Russischen Föderation zur Krim sah ich jedoch den entscheidenden Grund für die berechnete und notwendig gewordene Wiedervereinigung.

Am 01.Sept. 2019 erklärte der Vizepräsident der USA, Mike Pence, in Warschau, dass die USA, eine Verstärkung der US-Streitkräfte an der polnischen Grenze zu Russland von bisher 4.500 auf 5.500 Soldaten realisieren wird. Warum? Die Hochrüstung der NATO nicht nur an der ukrainischen Küste des Schwarzen Meeres bewirkt im Gedächtnis des russischen Volkes Erinnerungen an den 22. Juni 1941, dem Beginn der größten von Russland durchlebten Katastrophe. Man hat in Russland nicht vergessen, dass die USA an allen ihren Fronten im 2. Weltkrieg insgesamt 407.316 Todesopfer zu beklagen hat. Die Stadt Leningrad, heute Sankt Petersburg, vom faschistischen Aggressor nahezu 900 Tage belagert, hat über 1,1 Millionen Tote zu beklagen.. Die Besinnung an alle Opfer bleibt verbunden mit der Erwartung, einen wirksamen militärischen Schutz für das russische Volke zu entwickeln. Die Völker der möglichen Aggressoren, darunter offensichtlich auch unser Volk müssen wissen, dass es in einem neuen Krieg gegen Russland weder einen Sieger noch einen Sturmlauf bis hinter Moskau geben wird. Das

dramatische, gesunde russische Trauma, 22. Juni 1941. führte dazu, dass die Krim für Feinde Russlands und alle Aggressoren immer geschlossen bleibt.

Hier ist noch einmal etwas über den eingangs erwähnten Wolodja zu sagen. Er gehört zum Jahrgang 1932. Den Krieg gegen die UdSSR erlebte er als neun- bis dreizehnjähriger Junge. Er gab mir einmal zu verstehen, dass er einen schmerzhaften Beitrag für den Sieg über Hitlers Armeen geleistet hat und berichtete, dass die Versorgung der Bevölkerung im Hinterland der Front sehr streng rationiert war, und außerdem war das Brot, gebacken vom städtischen Kombinat in Wologda, stark mit Sägemehl versetzt. Qualvoller Hunger war sein ständiger Begleiter. Wir lebten mit der Losung „wsjo sa front“ (Alles für die Front). Sein Bericht ist heute zu ergänzen. Während des Krieges war die Versorgung der Bevölkerung der USA nicht rationiert.

Das russische Volk erlangte durch den II. Weltkrieg Erkenntnisse, die sich von denen der USA-Bevölkerung wesentlich unterscheiden. Es gab nur einen mehrstündigen Kampf auf dem Territorium des 50. USA-Staates, Hawaii, als die kaiserlichen, japanischen Seestreitkräfte mit 6 modernen Flugzeugträgern und 440 Bombern und Jagdflugzeugen am 7. Dezember 1941 das Hauptquartier der US-Pazifikflotte in Pearl Harbor überfallartig bombardierten.

Der Bevölkerung der USA blieben Ängste der Flucht vor Feinden im Land unbekannt, sie erlebte keine Zerstörung ihrer Städte und Dörfer, keine verbrannte Erde, keine Vernichtung ihrer Industrieanlagen, keine Deportationen und sie war zu keiner Zeit verzweifelt, ob es ihren Streitkräften gelingt, das Land zu verteidigen und den Feind zu vernichten. Das sind aber Gesichtspunkte, die das Schutzbedürfnis der Russen heute bestimmen. Europas Frieden wäre wesentlich sicherer, wenn die USA, die BRD-Regierung u.a. die Verteidigungsmaßnahmen der Russischen Föderation als das begreifen, was sie tatsächlich sind, eine Verhinderung des russischen Traumas.

Protest gegen den Brückenbau.

Mit dem Bau der Brücke wurde nach dem Referendum begonnen, wobei die Leiter der 1.200 Abstimmungslokale den Bauarbeitern der Brücke noch nicht die Spaten in die Hände geben konnten. Es folgte zunächst ein brückenloser Zeitraum von 2 Jahren für die Bewohner der Krim, und in dieser Zeit kam kein Tropfen Wasser und keine Kilowattstunde elektr. Strom aus der Ukraine zur Krim und vieles Andere an lebenswichtigen Gütern auch nicht. Die Brücke von Kertsch gewährleistet der Regierung der Krim ein souveränes Arbeiten. Proteste wegen der geringen Wassertiefe im Brückenbereich sind ungegründet. Die Wassertiefe blieb nach dem Bau der Brücke im Vergleich zur Vorzeit unverändert.

Die Bestrafung der Russischen Föderation wegen Annexion.

Das Wörterbuch des Völkerrechts, 1960, definiert Annexion als den gewaltsamen Gebietserwerb eines Staates auf Kosten eines anderen.

Gewaltsam? Das Referendum war eine höchst demokratisch durchgeführte Entscheidung der Krimbevölkerung.

Gebietserwerb? Die Russische Föderation hat durch einen von der UdSSR zu verantwortenden Verfassungsbruch verlorenes Land in ihren ursprünglichen Landbestand zurückgeführt.

...auf Kosten eines anderen? Eine zu Unrecht erlangte Bereicherung der Ukraine wurde beseitigt.

Die Bestrafung ist Unrecht und dient ausschließlich politischen Absichten, die Russische Föderation wirtschaftlich zu schädigen, ihren internationalen Einfluss im Weltgeschehen einzuschränken und den Machtbereich der NATO auszubauen. Der abseits der Wahrheit liegende Vorwurf der Annexion lässt die Frage entstehen, warum alle westlichen Bündnisse bisher die von allen israelischen Regierungen, beginnend bei David Ben Gurion bis Benjamin Netanjahu durchgeführten Vertreibungen der Palästinenser von ihrem Land zum Wohnungsbau oder zur Anlage von Plantagen nicht nur unbestraft blieben, sondern einen ununterbrochenen Strom von Rüstungsgütern für diese Regierungen nach sich zogen. Und Netanjahu raubt unbeeindruckt von Resolutionen, internationalen Protesten, sanktionslos weiter palästinensisches Land.

Abschluss.

Ausgangspunkt für diese Information war die Überlegung, zu unserer Forderung, Hände weg von Russland, Ansätze deutlich zu machen, wo bereits Hände nach Russland greifen. Damit sollte eine Basis für notwendige Auseinandersetzungen erkennbar gemacht werden.

- Abzug der Bundeswehr von Russlands Grenzen;
- Abzug aller NATO Truppen von Russlands Grenzen;
- Durschmarschverbot für NATO-Einheiten durch BRD-Territorium an russische Grenzen;
- Abkehr von der US-gestrickten Russlandpolitik der Bundesregierung und Herstellung normaler Beziehungen zur Russischen Föderation.

Kritische Hinweise und Bemerkungen werden sorgfältig beachtet und in den Mitteilungen veröffentlicht.

Raoul Gefroi
Gründungsmitglied der GRH

Impressum

Herausgeber:

Vorstand der Gesellschaft zur Rechtlichen und Humanitären
Unterstützung (GRH) e.V.,
Mitglied des Ostdeutschen Kuratoriums von Verbänden (OKV).
Vorsitzender: Rechtsanwalt Hans Bauer;
Geschäftsführer: Dieter Stiebert
Geschäftsstelle des Vorstandes: Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin,
Tel./ Fax : 030/2978 4225
Internet: www.grh-ev.org

E-Mail: verein@grh-ev.org

Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:
Dienstag & Donnerstag, jeweils 9.00 bis 14.00 Uhr

Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich. Die „Informationen“ dienen der Unterrichtung der Mitglieder und Sympathisanten der GRH e.V. und dürfen bei Behörden nicht als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden.

Spenden zur materiellen Unterstützung von Opfern der politischen Strafjustiz und zur Finanzierung weiterer humanitärer Tätigkeit der GRH e.V. werden erbeten auf das

Konto der Berliner Volksbank, IBAN DE53 1009 0000 5788 9000 09, BIC BEVODEBB